

Persönlicher Impuls

Westeuropa hat ein gestörtes Verhältnis zur Religion



Giuseppe Gracia nimmt Stellung zur Entwicklung religionskritischer Strömungen in Westeuropa

Quelle: schweizermonat.ch / Unsplash, DJ Paine

Statt die eigene Kultur zu verteidigen, verachtet man das Christentum und biedert sich dem Islam an. Der Gastbeitrag von Giuseppe Gracia erschien zuerst im Feuilleton der NZZ vom 13. Mai 2026.

Es ist Zeit, die Feigheit abzulegen: Nur mit einem starken kulturellen Selbstbewusstsein lassen sich westliche Werte verteidigen. Wer hier leben will, muss die Toleranzumutungen einer offenen Gesellschaft aushalten und ihre Regeln befolgen.

Die Diskussion um religiöse Gewalt zeigt, wie abwertend in der Schweiz oder in Deutschland das politisch-mediale Establishment mit dem Christentum umgeht im Gegensatz zum Islam. Da wird das Christentum für die Hexenverfolgung verantwortlich gemacht, für die Kreuzzüge und den westlichen Imperialismus der letzten Jahrhunderte. Gleichzeitig werden Gewalt und Totalitarismus seitens der Muslime von der islamischen Religion getrennt – durch die politisch gewollte Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus.

Wer im Namen Allahs Territorien erobert, ungläubige Frauen vergewaltigt, sich in die Luft sprengt oder mit der Maschinenpistole junge Menschen in einer Disco niedermäht, wird als Extremist ohne Bezug zu Mohammed dargestellt, nicht selten sogar als radikalisiertes Opfer der geopolitischen Sünden des Westens – als führe nicht der Koran, sondern die Geschichte des Westens zum radikalen Islam. So bleibt die Frage offen, ob die islamische Religion als solche Gewalt befürwortet. Sie darf nicht einmal diskutiert werden.

Extremistische Ansichten breiten sich aus

Wenn in Europa junge Christen konservativ werden und mit poppigen Events bei Altersgenossen für Jesus werben, [gilt das als reaktionäre Gefahr für die offene Gesellschaft](#). Wenn auf der Strasse der Koran verteilt wird und bärtige Youtube-Imame Tausende für Mohammed begeistern, schlägt kein Leitmedium Alarm. Jedenfalls nicht so, wie es bei Bischöfen geschieht, [die sich eine missionarische Kirche wünschen](#).

Die Referenzstudie des Pew Research Center «The World's Muslims: Religion, Politics and Society» von 2013 hat die Meinungen von Muslimen in über 20 Ländern zu Scharia-Strafen untersucht. 80 Prozent der afghanischen Muslime, 74 Prozent der palästinensischen und 62 Prozent der ägyptischen Muslime befürworten die Todesstrafe für die Abkehr vom Islam. 82 Prozent der Ägypter, 82 Prozent der Pakistaner und 70 Prozent der Jordanier befürworten die Steinigung bei Ehebruch.

Seit dem 7. Oktober 2023 dürfte der Extremismus durch den Nahostkonflikt noch gewachsen sein. Das ist eine Realität, die den Westen kümmern sollte, denn mit der Migration verbreiten sich islamische Ansichten auch in Europa. Trotzdem liefern die Leitmedien dazu keine breite Diskussion. Meist wird das Problem nicht einmal benannt. Stattdessen entrüstet man sich über eine gesellschaftspolitisch längst kastrierte Kirche, sofern sie sich weigert, die Ehe für alle abzusegnen und den progressiven Glaubenssatz nachzubeten, wonach ein Mann, der sich als Frau

fühlt, eine echte Frau sei.

Der westliche Feminismus hat versagt

Der westliche Feminismus scheint beim Thema Islam gänzlich zu versagen. Er mobilisiert viel Gratismut, wenn es gegen «patriarchale Strukturen» geht. Aufgrund dieser Strukturen kommt in Deutschland oder in der Schweiz keine Frau ins Gefängnis oder wird bei Ehebruch öffentlich totgeschlagen. In der islamischen Kultur hingegen werden Frauen täglich unterdrückt, misshandelt und vergewaltigt. Der Koran mit Sure 4, 34 lehrt: «Die Männer stehen über den Frauen, weil Gott sie vor diesen ausgezeichnet hat (...) Die rechtschaffenen Frauen sind demütig ergeben.»

Europäische Feministinnen kümmert das nicht. Wenn aber eine christliche Gruppe in Berlin friedlich vor einer Abtreibungsklinik betet oder konservative Politiker für das klassische Familienmodell werben, wird das zum antifeministischen Hassverbrechen hochstilisiert. Auch die Aktivisten des Regenbogens konzentrieren sich auf das Feindbild des konservativen, weissen Mannes und üben gern Solidarität mit Palästina.

Dass Homosexuelle in islamischen Ländern geköpft und von Hausdächern geworfen werden, führt nicht zu Protestmärschen und erregten Talkshows. Man hört aus diesen Kreisen auch kaum etwas über die Gefahr, dass mit der Migration der Hass auf Schwule in europäischen Metropolen zunimmt, Hand in Hand mit dem Hass auf Juden.

Witze gibt es nur über Jesus

Die abendländische Religionskritik im Sinne der Aufklärung wird nur auf christliche Glaubensgruppen angewendet, aber nicht auf den Islam. So gilt etwa die Darstellung der katholischen Kirche als homophob-frauenfeindliche, historisch versündigte Monarchie, als machtkritischer Diskurs, während man Islam-Kritik als Islamophobie abkanzelt.

Ähnlich ist es beim Thema Satire. Witze über gesellschaftliche Tabus sind für die Freiheit des Geistes wichtig. Auch dumme, geschmacklose Witze über Jesus, Moses und den Papst müssen erlaubt sein. Geht es um Mohammed, herrscht Angst. Der Zeitgeist erlaubt keine Lacher auf Kosten des Korans.

Bei einer Suchanfrage mit KI finden sich zwar Witze über Jesus, doch keine über Mohammed. Dazu erklären ChatGPT oder Claude, dass die islamische Tradition

empfindlich reagiere und Satire, wie im Falle von «Charlie Hebdo», tödliche Konsequenzen haben könne. Mit anderen Worten: Satire können wir nur in der Masse zulassen, wie es die islamische Tradition erträgt. Der Westen darf Muslime nicht mit den Toleranzsumutungen einer offenen Gesellschaft konfrontieren.

Hier zeigt sich nicht nur ein gestörtes, sondern ein unterwürfiges Verhältnis zum Islam. Wie kann es gelingen, ein Verhältnis auf Augenhöhe zu entwickeln? Wie schafft es ein demokratischer Rechtsstaat, die Religion seiner muslimischen Einwohner zu tolerieren, ohne die eigenen Prinzipien zu verraten?

Gleiche Forderungen an den Islam

Das geht nur mit einem starken, kulturellen Selbstbewusstsein und entsprechenden Regeln. Es geht nur mit der Überzeugung, dass der Westen für das Gedeihen von Freiheit, Innovation und Massenwohlstand anderen Kulturen überlegen ist. Deswegen müssen sich alle integrieren. Die Religionen stehen unter dem Schutz der Glaubensfreiheit, doch sie müssen Kritik und satirischen Spott aushalten. Wie alle Glaubensgruppen muss auch der Islam drei nicht verhandelbare Kriterien erfüllen.

Erstens muss Gewalt im Namen des Glaubens verboten und von den religiösen Verantwortungsträgern öffentlich und unmissverständlich verurteilt werden. Zweitens sind alle Gläubigen zur Loyalität gegenüber dem Staat, seiner Rechtsprechung und seinem Gewaltmonopol verpflichtet, auch dann, wenn Gesetze erlassen werden, die der Bibel oder dem Koran widersprechen. Drittens muss die Freiheit des Einzelnen ohne Ausnahme respektiert werden: Jeder soll jederzeit aus seiner Religion austreten und den Glauben wechseln können, ohne dafür bestraft zu werden.

Diese Kriterien müssen vom Staat durchgesetzt werden. Dabei tragen die Medien eine Mitverantwortung. Wenn sie Islamkritik in Hass auf Muslime umdeuten und überall antiislamische Diskriminierung wittern, wo man einen religionskritischen Diskurs fordert, machen sie sich mitschuldig an der Auflösung liberaler Prinzipien.

Wann hat es ein öffentlich-rechtlicher Sender in letzter Zeit gewagt, davon zu berichten, dass bei einem Terroranschlag im Namen des Islams nicht für Buddha oder Jesus gemordet wird, sondern für Allah? Dass nicht Flugzeuge in Hochhäuser und Lastwagen in Menschenmengen gelenkt werden, weil man eine sozialistische oder jüdische Weltherrschaft anstrebt, sondern eine islamische?

Prinzipien der Gleichstellung gelten für alle

Es ist Zeit, diese Feigheit abzulegen und klarzustellen: Gewaltverbot, individuelle Freiheit und Loyalität zum Rechtsstaat sind keine Vorschläge der Regierung, sondern Pflicht.

Das bedeutet für Christen: Abtreibungsgesetze sind zu akzeptieren, ob das der Bibel entspricht oder nicht. Für Muslime bedeutet es: Jeder darf dem Islam abschwören, jede Muslimin kann sich scheiden lassen und, wenn sie es wünscht, ohne Kopftuch und Erlaubnis des Mannes reisen. Sie kann im Krankenhaus von einem männlichen Arzt untersucht werden, so wie die Tochter den Schwimmunterricht besucht, zusammen mit den Jungs. Diesen Prinzipien der Gleichstellung und individuellen Freiheit müssen örtliche Imame zustimmen, bei Bedarf auch öffentlich.

Wer nicht bereit ist, diese Zumutungen auszuhalten, soll sich ein Land suchen, in dem sein Gott die Gesetze macht. Wer nicht damit leben kann, dass in Europa die persönliche Weltanschauung kein Massstab für staatliche Regeln ist, der hat hier nichts verloren.

*Zum Autor: **Giuseppe Gracia** ist sizilianisch-spanischer Abstammung, verheiratet und hat zwei Kinder. Er ist Herausgeber des Magazins «Schweizer Monat», NZZ-Autor und Kommunikationsberater. Gracia hat mehrere Bücher herausgegeben, u.a. «Wenn Israel fällt, fällt auch der Westen», «Das therapeutische Kalifat» und «Die Utopia-Methode».*

Dieser Beitrag erschien zuerst im [Feuilleton der NZZ vom 13.Mai 2026](#).

Datum: 26.05.2026

Autor: Giuseppe Gracia

Quelle: NZZ vom 13.Mai 2026

Tags

[Ethik](#)

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Menschenrechte](#)

[Kultur](#)